Pressemitteilung Offene Linke Ansbach e.V Ansbach, 10.03.2010

Wohnqualität nur für US-Militär? – Wohnungsleerstand in Fluglärm-Gebieten nimmt zu

Urlas-Trabant: Verkehrsanschluss und Grad der Abschottung weiterhin völlig ungeklärt

Offene Linke plädiert für Windkraftanlage nördlich Katterbach – dort höchster Wirkungsgrad

Die Offene Linke hat jetzt den fortschreitenden Bau des ersten Teils der Trabantenstadt des US-Militärs am Urlas als „Maßnahme nach dem Drei-Affen-Prinzip“ bezeichnet. Trotz vieler ungeklärter Fragen wolle das Staatl. Bauamt Nürnberg „auf Biegen und Brechen Fakten schaffen“. Die Naturvernichtung schützenswerter Flächen wird vorangetrieben, obwohl die Frage der Verkehrsanbindung auch drei Jahre nach Planvorstellung durch das Staatl. Bauamt Ansbach nicht absehbar ist.

Nachdem der ursprünglich geplante Anschlussknoten neben dem immensen Flächenfraß bereits in der Kalkulation viel zu teuer wurde, die Enteignung von Landwirten bedeutet und sämtliche Kosten dem deutschen Steuerzahler aufgebürdet werden sollen, liegt dem Ansbacher Stadtrat bis heute kein tragfähiges Konzept vor. Sollte wirklich beabsichtigt sein, dass bereits Ende 2010 die ersten Soldaten einziehen, ist ein Verkehrschaos vorprogrammiert. Manfred Sendlbeck von der Landesbaudirektion konnte Stadtrat Boris-André Meyer auf Nachfrage keine Antwort geben, wie der erste Bauabschnitt angebunden werden soll.

Die Offene Linke fordert daher, alle Baumaßnahmen am Urlas zu stoppen, bis ein Verkehrsanschluss vorhanden ist, der Kosten- und Naturschutzaspekte ebenso Rechnung trägt, wie Interessen der Anwohner. Etwaige weitere Bauabschnitte bleiben zudem vor dem Hintergrund von erheblichen Finanzierungsproblemen im Dunkeln. „Ohne Verkehrserschließung kann der Urlas nicht bezogen werden. Die Kosten des Anschlusses muss die US-Armee als alleiniger Nutznießer natürlich selbst bezahlen“, kommentierte die Offene Linke.

Auch auf den einstimmigen Stadtratsbeschluss mit der Forderung nach Verzicht auf die Umzäunung und Ghettoisierung des Urlas´ hat die US-Armee immer noch nicht reagiert. „Integrationswille sieht anders aus“, betonte die Offene Linke und verlangte vom Militär eine klare Positionierung.

Während für das Militär „Wohnqualität“ auf bis zu 274 qm pro Wohneinheit in Form des größenwahnsinnigen Urlas-Projekts geschaffen wird, ist es mit „Wohnqualität“ für die Bürger im Umfeld der US-Basis Katterbach nicht besonders gut bestellt. Die ungelöste Hubschrauberlärm-Problematik führt derzeit zu einem wachsenden Wertverlust und Leerstand von Häusern in den besonders betroffenen Gebieten. In Obereichenbach-Siedlung etwa stehen bereits 13 Häuser leer. Diese werden von Immobilienfirmen auffallend günstig, aber vergeblich unter dem fragwürdigen Etikett „ruhiges Wohnen im Grünen“ angeboten (http://www.immobilienscout24.de/49297058?style=is24&is24EC=IS24&).

Indes hat die Offene Linke Stellung zu geplanten Windkraftanlagen auf Ansbacher Stadtgebiet bezogen: „Die laut Bauamt nördlich Katterbach zur Verfügung stehenden Flächen müssen eingehend geprüft werden. Das Leistungspotenzial ist dort mit Abstand das Höchste, wie die Stadtwerke feststellten (*siehe Anhang*). Die Einspeisung ist mit bis zu acht Megawatt viermal höher als bei anderen Standorten, etwa bei Claffheim, ohne neue Leitungen bauen zu müssen. Das Landschaftsbild ist ohnehin durch die US-Basis stark beeinträchtigt. Ein positiver Zusatzeffekt einer dortigen Anlage könnte auch darin liegen, dass die Windräder zukünftig verhindern, dass die US-Militärhubschrauber nordwestliche Platzrunden drehen können und so das leidgeprüfte Obereichenbach entlastet wird. Sauberer Strom anstatt schädliche Helikopterabgase sind eine anstrebenswerte Zukunftsoption.“

Gez. Offene Linke Ansbach e.V.; der Vorstand